

---

## Statement Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der NGG:

---

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Antworten, die wir früher gefunden haben nach dem Motto "ja/nein" oder "schwarz/weiß", nicht mehr gelten. Diese Erkenntnis hat Anfang der neunziger Jahre zu der Entscheidung geführt: Wir brauchen eine neue Programmatik als DGB. Auch ich war über die positive Bewertung dieses Programms heute überrascht und erfreut. Aber wir sollten uns auch nichts vormachen: Unsere Programmdiskussion, die über fünf Jahre dauerte, hat weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, auch von der

Gewerkschaftsöffentlichkeit, stattgefunden. Erst kurz vor dem Dresdener Kongress hat sich dies geändert, warum?

Bis etwa Mitte 1996 war die Situation so, dass man sich mit den realen Verhältnissen, mit dem kapitalistischen System abgefunden hatte. Wir haben diese Diskussion Anfang 1990 begonnen, weil die Systemkonkurrenz weggefallen war. Wir meinten vielleicht, der Kapitalismus habe einen unaufhaltsamen Siegeszug angetreten und es gebe keine Alternativen. Darüber herrschte weitestgehend Konsens. Dann ist eine Situation eingetreten, an der deutlich wird, welcher Wandel in den Gewerkschaften stattgefunden hat. Gegen Ende des Jahres 1995 hat Klaus Zwickel das "Bündnis für Arbeit" vorgeschlagen, Anfang des Jahres 1996 gab es die Vereinbarung mit der von Bundeskanzler Kohl geführten Bundesregierung. Drei Monate später kündigten Politik und Arbeitgeber diese Vereinbarung einfach auf. Und als auf den Druck der Arbeitgeber die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall rückgängig gemacht werden sollte, haben sie den Symbolwert dieser Errungenschaft verkannt: Sie haben unsere Kampfkraft unterschätzt und nicht geglaubt, dass wir uns wehren. Von diesem Zeitpunkt an hat sich die Programmdiskussion verändert. Auf dem Dresdener Kongress ist es dann auch so beschlossen worden: Wir akzeptieren eine Marktwirtschaft, aber sie muss reguliert und sozial sein. Das ist ein Aspekt. Wir haben auch anerkannt, dass es neue Konflikte gibt: zwischen Mann und Frau, zwischen Jung und Alt, zwischen Deutschen und Ausländern. Aber der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit bleibt bestehen. Wir müssen nur vielleicht an der einen oder anderen Stelle anders reagieren.

Die Zuspitzung, was die ostdeutsche Problematik angeht, ist sicher notwendig. Wir sollten aber das Trennende nicht zu sehr betonen. Ich weiß nicht, ob spezielle Veranstaltungen anlässlich des 10-jährigen Bestehens des DGB in Ostdeutschland im nächsten Jahr die geeignete Form sind, aber wir müssen gemeinsam einen Prozess einleiten und müssen gemeinsam die Gewerkschaftsbewegung stärken.

Ein Grundproblem bleibt - trotz guter Programmatik: Wir haben auf eine Menge Fragen keine Antworten. Wie wird sich der Sozialstaat tatsächlich weiterentwickeln? Wie gehen wir mit der globalen Herausforderung um? Müssen wir den Global Players in der Industrie oder im Bankenbereich nicht auch solche im Bereich der Trade Unions entgegensetzen? Diese Fragen sind bisher ausgeklammert geblieben. Wir hatten auf dem Kongress in Dresden 1996 ja nicht nur über Programmatik reden wollen, sondern auch über die Organisationsreform des DGB und der Einzelgewerkschaften. Das gehört zusammen. Ein Programm nützt wenig, wenn wir den DGB nicht in die Lage versetzen, dieses Programm auch umzusetzen.

Wir wiederholen ständig, der DGB müsse politisch gestärkt werden, aber wir tun es nicht. Bei allen berechtigten Eitelkeiten der Gewerkschaften müssten wir eigentlich sehr viel stärker diskutieren, inwieweit wir tatsächlich Kernkompetenzen der Einzelgewerkschaften auf den DGB übertragen. Wahr bleibt auch: Mit einem Grundsatzprogramm des DGB wirbt man kein einziges Mitglied. Potentielle Mitglieder holt man nicht mit Programmatik ab. Sondern wir müssen ihnen die Schutz- und Gestaltungsfunktion von Gewerkschaften verdeutlichen. Wir müssen als Gewerkschaften erlebbar sein, ein Stück Heimat bieten, auch für potentielle Mitglieder.